

Mittel der Kunst gegen das Vergessen

Ausstellung „3000 Schicksale“ erinnert an Deportationen nach Theresienstadt und Riga



Der Kunsthistoriker Chris Steinbrecher und die Künstlerin Dagmar Calais haben eine Ausstellung über Deportation und Vernichtung für die Untere Rathaushalle vorbereitet. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

VON FRAUKE FISCHER

Bremen. Auf den ersten Blick sind es nur 240 gleich große Betontafeln, die jeweils einen Namen tragen. Doch wer sich auf das Ausstellungsprojekt der Bremer Künstlerin Dagmar Calais und des Kunsthistorikers Chris Steinbrecher näher einlässt, dem erschließt sich hinter den Platten und Gemälden in der Unteren Rathaushalle (28. Oktober bis 10. November) eine Geschichte der Massenvernichtung und menschenverachtenden Todesmaschinerie des Nazi-Regimes. In dem mehrteiligen Projekt, an dem sich die israelische Historikerin Elena Makarova und ihre Tochter, die Künstlerin Maria Makarova, beteiligen, erinnert das Bremer Paar vor allem an „ein Lügengemälde“, das das NS-Regime gegenüber der Weltgemeinschaft lange Zeit aufrecht erhielt: Theresienstadt als „Siedlungsgebiet für Juden“. Dorthin deportierte es auch Menschen aus Bremen.

Wenn Chris Steinbrecher darüber berichtet, was er beim Studieren von Zeitdokumenten, Verträgen und Schriftwechseln aus verschiedenen Archiven herausgefunden hat, wird die Tragweite dessen deutlich, was unter anderem die Bremerinnen und Bremer jüdischen Glaubens betraf: Deportation und Tötung in Theresienstadt. Abtransportiert aus ihrer Heimatstadt an der Weser, glaubten sich die meisten von ihnen offenbar auf dem Weg in ein „Reichsaltersheim“ im damaligen Protektorat Böhmen und Mähren. Ein solches „Altersghetto“ nämlich wurde in der „Wannsee-Konferenz“ 1942 für den Standort beschlossen. Die ehemalige Festung in dem kleinen Städtchen nordwestlich von Prag war für die meisten Insassen zu dem Zeitpunkt längst schon eine Zwischenstation auf dem Weg in Vernichtungslager wie Auschwitz oder Treblinka, aber auch nach Riga. Für das „Altersghetto“ musste extra Platz geschaffen werden – durch Verlegung und Erschießungen. Aber auch durch die Überbelagerung, katastrophale hygienische Zustände und mangelnde Versorgung starben viele Bewohner.

Chris Steinbrecher hat Verträge gefunden, die belegen, wie perfide und perfekt zugleich der Plan zur Konzentration und Tötung der Menschen war. So wurde bei-

spielsweise nicht von der Deportation der alten Menschen gesprochen, sondern von ihrer „Verlegung des Wohnsitzes nach Theresienstadt“. Ältere Juden und solche, die im Ersten Weltkrieg ausgezeichnet worden waren, sollten „Heimeinkaufsverträge“ unterzeichnen. Man versprach freie Kost und Logis, ärztliche Versorgung und Pflege im „Kurort Theresienstadt“. „Den Menschen wurde sogar vorgegaukelt, sie könnten Zimmer mit Waldblick wählen“, erzählt Steinbrecher. Als „Gegenleistung“, so führt der Kunsthistoriker weiter aus, mussten die Menschen ihr Vermögen an die „Reichsvereinigung der Juden“ abtreten. Geld und Wertpapiere gingen auf diesem Weg aber direkt in die Kassen des Reichs. Wer nicht unterschrieb, verlor trotzdem sein Vermögen. Die Vollstrecker beriefen sich auf das Reichsbürgergesetz, nach dem ein Jude sein Vermögen verlor, wenn er seinen Aufenthalt im Ausland nahm. Das umfasste auch die Zwangsdeportation.

Steinbrecher, der für das Projekt mit dem Landesamt für politische Bildung und dem Verein „Erinnern für die Zukunft zusam-

menarbeitete, schreibt in seinem Begleitbuch, dass die Bremer Finanzkasse allein im Jahr 1942 auf diesem Weg Vermögenswerte aus jüdischen Haushalten in Höhe von 185 000 Reichsmark versteigerte.

Wie wichtig es dem Nazi-Regime war, gleichzeitig den Schein zu wahren und über die Vernichtungsabsichten hinwegzu-

„Wir müssen uns wieder fragen, wohin Ausgrenzung und Intoleranz führen.“

Chris Steinbrecher, Kunsthistoriker

täuschen, belegen auch andere Anstrengungen. So gaben die Nazis einen Propagandafilm in Auftrag, der die Idylle des „Siedlungsgebietes Theresienstadt“ mit Caféhaus, Orchester, Konzerthaus, Kurhaus und Bibliothek zeigen sollte. Die jüdischen Darsteller, Kinder und Erwachsene,

wurden im Anschluss an die Dreharbeiten deportiert und umgebracht. Der Film wird in Bremen während der Ausstellung gezeigt, begleitend gibt es einen Vortrag dazu (siehe Informationen auf dieser Seite). Eine weitere „Verschönerungsaktion“ Theresienstadts mit Spielplatz, Blumenbeeten und Bänken täuschte unter anderem eine Delegation vom Internationalen Roten Kreuz. Auch dänische Behördenvertreter erlebten Steinbrechers Recherchen nach die Führungen durch Theresienstadt als überraschend positiv.

Die Ausstellung in Bremen verknüpft Bremen, Theresienstadt und Riga als Stationen der Deportation und Vernichtung miteinander. „Zuerst sind wir als Touristen nach Riga gereist und dort mit der Geschichte in Berührung gekommen“, sagt der Bremer Kurator über den Impuls. Dagmar Calais hat sich in der Folge künstlerisch damit auseinandergesetzt. In diesem Jahr beispielsweise unter dem Titel „Zwei Tage im Winter“. Die künstlerische Arbeit im Rigaer Ghetto- und lettischen Holocaust-Museum nimmt mit zwei beleuchteten Säulen zwei Hinrichtungsstätten in Wäldern von Riga auf, in denen etwa 35 000 Menschen aus Ghettos und Lagern an zwei Tagen im November und Dezember 1941 erschossen wurden. Dazu gibt es ein Gemälde und Bodenarbeiten.

In der neuen Arbeit für die Untere Rathaushalle widmet sich Calais nun der Verbindung Bremen-Theresienstadt. Und die Künstlerin Maria Makarova stellt mit ihren beleuchteten Kuben, Fragmenten und Fotos die Schicksale von 3000 Menschen in den Mittelpunkt, die von Theresienstadt nach Riga deportiert wurden.

„Die Städte sind durch die Deportationen miteinander verbunden“, sagt Steinbrecher. Gerade gegenwärtig hält er die Ausstellung für wichtig, „weil wir uns wieder fragen müssen, wohin Ausgrenzung und Intoleranz führen“. Die Schau selbst, die sich insbesondere an Jugendliche und Schulklassen wendet, solle „nicht zu viele Kopfinformationen“ beinhalten, sagt der Kurator. Doch einige Informationen und ein Begleitprogramm seien zur Erläuterung wichtig. Angedacht sei auch, dass die Ausstellung 2017 in Theresienstadt gezeigt werde.

Das Begleitprogramm

■ Unter dem Titel „Bremen – Theresienstadt – Riga: 3000 Schicksale“ hat Dagmar Calais Deportation, Ghetto-Einrichtung und Massenvernichtung künstlerisch aufgenommen. Das Bremer Projekt ist vom 28. Oktober bis zum 10. November in der Unteren Rathaushalle – montags bis sonnabends von 10 bis 18 Uhr, sonntags von 14 bis 18 Uhr – zu sehen und wird mit der „Nacht der Jugend“ am 10. November verknüpft.

Neben der mehrteiligen Kunstarbeit von Calais umfasst die Ausstellung die Installation der Künstlerin Maria Makarova, die 100 Lampenkuben mit Fragmenten, Dokumenten und Fotos verknüpft, um damit exemplarisch das Schicksal Deportierter aufzuzeigen. Zum Begleitprogramm gehören unter anderem die Auftritte des irischen Sängers und Liedermachers Paul Lindsey (vom 3. bis 7.11. jeweils um 16 Uhr), der in der Unteren Rathaushalle ein Lied in Erinnerung an die Bremerin Nettie Grün vorträgt. Sie wurde in Auschwitz umgebracht.

Am 4.11. um 19.30 Uhr wird außerdem der niederländische Historiker Karel Margry im Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4-5, einen Vortrag halten mit dem Titel: „Das Konzentrationslager als Idylle: Theresienstadt – ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet“.

Am 8.11. um 19.30 Uhr liest Christine Bongartz in der Evangelischen Auferstehungsgemeinde, Drakenburger Straße 42, aus den Aufzeichnungen von Zeitzeugen. Es gibt Musik mit dem Geiger Vasile Darnea und dem Aca-Trio Anja Theilkuhl (Trompete), Andreas Pernice (Saxophon) und Christine Bongartz (Stimme).

Während der Nacht der Jugend am 10. November im Rathaus ist die Ausstellung geöffnet. Um 19.30 Uhr wird an dem Tag im Haus der Bürgerschaft der Film „Aufgeben? Niemals!“ von Eike Besuden über das Schicksal der jüdischen Bremer Kaufmannsfamilie Bamberger gezeigt.

Debatte über Straßensanierung

Beirat spricht über Spitta-Allee

VON MAREN BRANDSTÄTTER

Bremen. Der Beirat Schwachhausen will die Bürgermeister-Spitta-Allee nicht für rund acht Millionen Euro grundsaniert lassen – sehr zur Verwunderung der Beiratssprecher der angrenzenden Stadtteile. Einzig Beiratsmitglied Stefan Pastoor (SPD) hatte sich auf der Schwachhauser Sitzung für die Sanierungspläne des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) ausgesprochen. Schließlich sei die Allee eine wichtige Durchgangsstraße zwischen Vahr und Horn-Lehe, hatte Pastoor betont.

Die Sprecher der Beiräte Vahr und Horn-Lehe stimmen Pastoor in diesem Punkt uneingeschränkt zu. „Die Straße erfüllt eindeutig einen Verbindungscharakter“, sagt der Horn-Leher Sprecher Stefan Quaß. Er plädiert daher für eine schnelle Instandsetzung. „Den Schwachhauser Beiratsbeschluss kann ich nur insofern nachvollziehen, als dass es aus dortiger Beiratsicht noch sanierungsbedürftigere Straßen als die Bürgermeister-Spitta-Allee gibt, für deren Reparatur keine Gelder zur Verfügung stehen“, erklärt Quaß. „Deshalb allerdings gegen die Sanierung der Bürgermeister-Spitta-Allee zu votieren, entspricht schon einer etwas speziellen Logik.“

Unverständnis im Beirat

Bernd Siegel (SPD), Sprecher des Vahrer Beirates, argumentiert ähnlich: „Der prekäre Zustand der Straße erfordert ein möglichst schnelles Handeln.“ Die Ablehnung der notwendigen Sanierung durch den Beirat Schwachhausen könne er nicht nachvollziehen. „Es liegt hier keineswegs nur ein Stadtteilbezug vor“, sagt Siegel. „Eine mögliche Sperrung der Straße wegen des schlechten Zustands hätte erhebliche negative Auswirkungen auch für die Bevölkerung in anderen Stadtteilen.“

Pastoor hatte beim Votum auf der Beiratsitzung zudem beklagt, dass die Beiräte aus Vahr und Horn-Lehe nicht von vornherein in die Diskussion mit eingebunden worden seien. Auch in diesem Punkt ist Quaß mit ihm einig: „Eine Einbeziehung des Beirates Horn-Lehe wäre auf jeden Fall wünschenswert und auch sinnvoll gewesen.“

Siegel hofft künftig ebenfalls auf Kooperation. „Ich gehe davon aus, dass die Beratung über die Bürgermeister-Spitta-Allee im Beirat Schwachhausen nur der erste Schritt gewesen ist“, erklärt er. „Das war so in Ordnung, denn die Straße verläuft nur durch Schwachhausen.“ Allerdings sollten auch Gespräche mit den Beiräten Vahr und Horn geführt werden, betont er, da die Straße für beide Stadtteile bedeutsam sei.

So sieht man es auch im Verkehrsressort. „Die Bürgermeister-Spitta-Allee ist keine stadtteilbezogene Straße, sondern eine Hauptverkehrsstraße“, erklärt Jens Tittmann, Sprecher von Verkehrsressort Joachim Lohse (Grüne). Deshalb werde der Beiratsbeschluss als Empfehlung behandelt. „Senator Lohse lässt sich momentan noch einmal die Wirtschaftlichkeitsberechnung der Maßnahme vorlegen“, berichtet Tittmann. Dann müsse die Deputation entscheiden, ob sie Geld bereitstellt. Baubeginn wäre in diesem Fall frühestens Ende 2017, sagt der Behördensprecher.

Kosten höher als gedacht

Die Bedeutung der Bürgermeister-Spitta-Allee als Durchgangsstraße bestreitet auch im Beirat Schwachhausen niemand, betont Sprecherin Barbara Schneider (Grüne). Gerade deswegen sei der vom ASV geplante Rückbau zwischen August-Bebel-Allee und Schwachhauser Heerstraße auf eine Spur fragwürdig. Insbesondere das geplante Ausmaß der Sanierung war es, woran sich der Beirat gestört hatte. „Die Straße soll in weiten Teilen ein anderes Profil bekommen – das ist dann ein Umbau und keine Sanierung“, sagt Schneider. Der Beirat könne den Bürgern schwerlich vermitteln, in eine Straße acht Millionen Euro hineinzustecken, wenn andere Straßen mindestens ebenso kaputt seien. Die allerdings würden nicht zwangsläufig davon profitieren, wenn die Bürgermeister-Spitta-Allee nicht saniert würde, hatte es auf der Sitzung seitens des ASV geheißt. Die veranschlagten acht Millionen, so sie denn bewilligt würden, ließen sich nicht ohne Weiteres in andere Projekte transferieren.

Skeptisch habe den Schwachhauser Beirat laut Schneider außerdem gemacht, dass der veranschlagte Preis für die Maßnahme von fünf Millionen Euro, die man ihm ursprünglich genannt habe, auf acht Millionen Euro gestiegen sei. Die fünf Millionen seien seinerzeit ohne Abstimmung mit dem ASV von einem externen Mitarbeiter genannt worden „und schlicht falsch“, sagt dazu ASV-Sprecher Martin Stellmann.



Schon lange kaputt: die Bürgermeister-Spitta-Allee. Sanierungspläne sind in Arbeit. FOTO: KOCH

Ausgezeichneter Schulhof mit Obst- und Gemüsegarten

Jury belohnt zukunftsträchtiges Konzept in Schwachhausen mit 2000 Euro Preisgeld / Produkte gibt es auf dem Wochenmarkt zu kaufen

VON MAREN BRANDSTÄTTER

Bremen. Die Grundschule am Baumschulenweg hat einen vorbildlichen Schulhof. Das jedenfalls findet die Jury des bundesweiten Wettbewerbs „Schulhöfe der Zukunft“, der von der Deutschen Umwelthilfe und der Stiftung Lebendige Stadt auslobt worden ist. Die Schwachhauser Schule ist eine von zehn, die jetzt für ihren Pausenhof ausgezeichnet und mit 2000 Euro Preisgeld bedacht worden sind.

Die Besonderheit des Schulhofs liegt in seiner Vielfältigkeit. Neben dem klassischen Spielplatz haben die Schüler einen großen Bauerngarten, den es täglich zu pflegen gilt. „Seit den 90er Jahren haben meine Vorgängerinnen den Schulhof kontinuierlich weiterentwickelt“, erzählt Schulleiter Lars Beulke.

Entscheidend dabei sei immer gewesen, mit und nicht für die Schüler zu planen. Ein



Till füttert die Hühner der Grundschule am Baumschulenweg. Deren Pausenhof mit Tieren, Teich, Obst- und Gemüsegarten und Solaranlage ist jetzt ausgezeichnet worden. FOTO: KOCH

Kriterium, das neben der Naturnähe für die Jury des Wettbewerbs ausschlaggebend war.

Heute beherbergt der Pausenhof neben dem Obst- und Gemüsegarten ein Dutzend Hühnern, 60 000 Bienen, einen Wald, einen Teich und eine Solaranlage auf dem Schuldach. „Wenn das so weitergeht, sind wir bald völlig autark“, prognostiziert Elternsprecher Andreas Stelter mit einem Augenzwinkern. Obst, Gemüse, Eier und Honig werden immer freitags auf dem Wochenmarkt verkauft – oder in der Schulküche verarbeitet.

Anerkennung für die gelungene Schulhofgestaltung gab es auch aus der Bremer Bildungsbehörde, und sogar aus der Hauptstadt: Schirmherrin des Wettbewerbs „Schulhöfe der Zukunft“ ist Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), die den Grundschulern am Baumschulenweg herzlich gratulierte.